

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Gemeindeblatt der Stadt Oldenburg. 1904-1920 15 (1918)

17/18 (5.10.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-848282](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-848282)

Gemeinde-Blatt

der Stadt Oldenburg.

Vierteljährlich erscheinen 18 Nummern. Abonnementspreis jährlich 2 *M.*

(Der Nachdruck der im Gemeindeblatte enthaltenen Aufsätze u. s. w. ist nur mit Quellenangabe gestattet.)

1918. Sonnabend, den 5. Oktober 1918. № 17/18.

Stadtmagistrat. Oldenburg *i. Gr.*, den 4. Sept. 1918.

4%ige Anleihe der Stadt Oldenburg vom 1909.

Für die diesjährige Schuldentilgung sind angekauft:

Litr. A 2, 13, 33, 53, 83, 84, 129, 216, je 2000 *M.*

Litr. B 5, 12, 28, 79, 96, 97, 101, 106, 107, 141, 450, je 1000 *M.*

Litr. C. 10, 11, 30, 40, 41, 48, 49, 178, 228, 229, 458, 459, je 500 *M.*

Rückstände aus früheren Jahren Litr. B 397 seit 1. April 1917.

Eine Auslosung findet nicht statt.

Verhandelt

vom Magistrat, Gesamtstadtrat und Stadtrat
am Dienstag, den 17. September 1918, abends 6 Uhr,
im Sitzungssaale des Rathauses in Oldenburg.

Verhandelt wurde:

I. Gesamtstadtrat und Stadtrat.

1. Feststellung der Jahresrechnungen der städtischen Kassen für 1916/17.

Die Rechnungen werden wie vorgelegt festgestellt.

2. Beteiligung an der 9. Kriegsanleihe.

Der Magistrat beantragt im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß:

1. Der Stadtrat wolle den Magistrat ermächtigen, auf die neunte Kriegsanleihe 100 000 *M.* zu zeichnen.
2. Gesamtstadtrat und Stadtrat wollen sich damit einverstanden erklären, daß den städtischen Beamten, Lehrern, Angestellten und Arbeitern zur Erleichterung der Zeichnung auf die neunte Kriegsan-

leihe ein Vorschuß auf ihr Dienst Einkommen gewährt wird.

Die Anträge werden angenommen.

3. Gewährung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage an städtische Beamte, Angestellte, Lehrer usw.

Der Magistrat beantragt:

Gesamtstadtrat und Stadtrat wollen den Beamten, Angestellten, Lehrern und Lehrerinnen, die eine fortlaufende Kriegsteuerungszulage beziehen und vor dem 1. Juni 1918 in den städtischen Dienst eingetreten und nicht vor dem 1. Januar 1919 aus dem städtischen Dienst ausscheiden, einen Vorschuß in Höhe des Dienst Einkommens einschließlich Kriegszulage nach dem Stande für den Monat Dezember 1918 bewilligen.

Der Antrag wurde angenommen.

II. Gesam t s t a d t r a t.

4. Erhöhung der Stammeinlage für die Kriegerheimstättenfiedelungsgesellschaft.

Im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß beantragt der Magistrat:

Der Gesamtstadtrat wolle sich damit einverstanden erklären, daß die Stammeinlage, mit der die Stadtgemeinde sich an der Kriegerheimstätten-Baugesellschaft beteiligt, auf 100 000 *M* erhöht wird.

Der Antrag wurde angenommen.

4a. Streckenweise Aufhebung des öffentlichen Wasserzuges 28 am Grünenweg.

Im Einvernehmen mit dem Besichtigungsausschuß wird beantragt:

Der Gesamtstadtrat wolle der Aufhebung des Stückes A—B vom Wasserzug 28 und der Umleitung dieses Wasserzuges mit einer Höhle B—C durch den Grünenweg nach dem Wasserzug 26 zustimmen.

Antrag wurde angenommen.

5. Beitrag zu den laufenden Kosten des Säuglingsheims.

Nach Beratung und im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß beantragt der Magistrat:

Der Gesamtstadtrat wolle zu den laufenden Kosten des vom Vaterländischen Frauenverein unterhaltenden Säuglingsheims einen Zuschuß von 500 *M* monatlich für die Zeit vom 1. Januar 1918 bis 30. April 1919 bewilligen.

Antrag wurde angenommen.

6. Beitrag zu der Kolonialkrieger spende.

Nach Beratung und im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß beantragt der Magistrat:

Der Gesamtstadtrat wolle als Beitrag zu der Kolonialkrieger spende Deutschlands 1000 *M* bewilligen.

Antrag wurde angenommen.

7. Gewährung eines Zuschusses an dem Verein Herberge zur Heimat.

Der Magistrat beantragt:

Der Gesamtstadtrat wolle dem Verein Herberge zur Heimat einen einmaligen Zuschuß von 2000 *M* bewilligen.

Antrag wurde angenommen.

8. Streckenweise Aufhebung des öffentlichen Wasserzuges Nr. 20 (Haarenesch) und Veräußerung der Grundfläche.

Im Einvernehmen mit dem Besichtigungsausschuß wird beantragt:

1. Der Gesamtstadtrat wolle sich mit der Aufhebung des öffentlichen Wasserzuges Nr. 20 von seinem Anfange an der Westgrenze der Parzelle 614/89 Flur 1 (Elisabethstift, Punkt a) bis zur Südgrenze der Parzelle 704/26 Flur VI (Punkt c) einverstanden erklären.

2. Der Gesamtstadtrat wolle den Verkauf eines etwa 60 qm großen Flächenstreifens des streckenweise aufzuhebenden Wasserzuges Nr. 20 zum Preise von 300 *M* beschließen.

Anträge wurden angenommen.

9. Der Beschluß des Gesamtstadtrates vom 28. 5. 18, betr. Verkauf eines Grundstücks (ehemaliger Wasserzug 34 an der Moslesstraße) wurde in zweiter Lesung wiederholt.

10. Annahme einer Hilfskraft für den Schlachthofdirektor.

Der Magistrat beantragt:

Der Gesamtstadtrat wolle für eine Hilfe des Schlachthofdirektors für die Zeit vom 15. Juli 1918 bis 30. April 1919 2850 *M* bewilligen.

Der Antrag wurde angenommen.

11. Unterbringung wohnungsloser Familien.

Der Magistrat beantragt:

Der Gesamtstadtrat wolle den Ausschuß für das Wohnungswesen ermächtigen, die für die Beschaffung von

Wohnungen für den Wohnungsbedarf bis Mai 1919 erforderlichen Mittel zu bewilligen und über diese Mittel zur Behebung der Wohnungsnot zu verfügen.

Antrag wurde angenommen.

12. Nachbewilligung von 1500 M für die Unterhaltung der öffentlichen Wasserzüge.

Im Einvernehmen mit dem Besichtigungsausschuß wird beantragt:

Der Gesamtstadtrat wolle zu § 32 der Kasse der Gesamtgemeinde für das Rechnungsjahr 1917/18 (Unterhaltung der Wasserzüge) 1500 M nachbewilligen.

Der Antrag wurde angenommen.

III. Stadtrat.

13. Freistellen für türkische Schüler an der Oberrealschule.

Im Einvernehmen mit dem Ausschuß zur Beratung über Schulfragen beantragt der Magistrat:

Der Stadtrat wolle sich mit der Einrichtung von 5 Freistellen an der Oberrealschule für türkische Schüler, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 an nachträglich einverstanden erklären.

Antrag wurde angenommen.

14. Religionsunterricht katholischer Schüler der höheren und Mittelschulen.

In Uebereinstimmung mit dem Ausschuß zur Beratung über Schulfragen beantragt der Magistrat:

Der Stadtrat wolle den Geistlichen, welche den katholischen Schülern der städtischen Schulen Religionsunterricht erteilen, zunächst für das Rechnungsjahr 1. Mai 1918/19, eine Jahresvergütung von 800 M bewilligen.

Antrag wurde angenommen.

15. Gesuch der Lehrer Weidhüner und Genossen um Gehaltszulage.

Auf Antrag des Magistrats von der Tagesordnung abgesetzt.

15a. Vertrag, betr. den Ankauf einer Moorfläche im Südedewecht.

Der Magistrat beantragt:

Der Stadtrat wolle dem anliegenden Vertrag mit dem Großherzogl. Ministerium zustimmen.

Der Antrag wurde angenommen.

15b. Verlängerung der Gasleitung in der Markthallenwirtschaft an der Klein-Kirchenstraße.

Im Einvernehmen mit dem Besichtigungsausschuß beantragt der Magistrat:

Der Stadtrat wolle für die Erweiterung der Gasbeleuchtungsanlage im Hause Klein-Kirchenstraße Nr. 10 200 *M* bewilligen.

Antrag wurde angenommen.

16. Unwiderrufliche Anstellung des Rohrmeisters, des Gasmeisters und eines Maschinenmeisters.

Im Einvernehmen mit dem Licht- und Wasserausschuß beantragt der Magistrat:

Der Stadtrat wolle sich damit einverstanden erklären, daß dem Rohrmeister Gitter, dem Gasmeister Wolgast und dem Maschinenmeister Schulze die unwiderrufliche Anstellung verliehen wird.

Der Antrag wurde angenommen.

17. Verkauf von Bauplätzen an der Sedan- und Werbachstraße.

Der Magistrat beantragt, der Stadtrat wolle den Verkauf eines Bauplatzes (Parzelle 2255/15) zur Größe von 543 qm zum Preise von 3000 *M* an den Wagenbauer Föhrenbach, den Verkauf eines Bauplatzes (Parzelle 2457/15) zur Größe von 1204 qm zum Preise von 6000 *M* an den Magistratsaktuar Heinen, den Verkauf eines Bauplatzes (Parzellen 2454/15 u. 2455/15) zur Größe von 845 qm zum Preise von 5070 *M* an den Sattlermeister Solert und den Verkauf der Parzellen 2452/15 und 2453/15 der Flur 5 zum Preise von 6 *M* für den qm an den Katasterassistenten Numann beschließen.

Der Antrag wurde angenommen.

18. Einbau einer Rückstauklappe im öffentlichen Wasserzug Nr. 18 in dem früher Kohlederschen Gelände.

Der Magistrat beantragt im Einverständnis mit dem Besichtigungsausschuß:

Der Stadtrat wolle für die Anbringung einer Rückstauklappe in dem öffentlichen Wasserzug Nr. 18 400 *M* bewilligen.

Antrag wurde angenommen.

19. Erlass von Schulgeld für Kriegerwitwen.

Der Magistrat beantragt:

Der Stadtrat wolle den Magistrat ermächtigen, Schulgeldrückstände von Kriegerwitwen in geeigneten Fällen zum Abgang zu bringen und das Schulgeld für

Kinder von Kriegerwitwen, die beim Kriegsausbruch bereits eine Mittel- oder höhere Schule besuchten, auch in Zukunft von Jahr zu Jahr zu erlassen, wenn die Kinder sich hinsichtlich ihrer Führung, ihres Fleißes und ihrer Leistungen eines Schulgelderlasses würdig erweisen.

Antrag wurde angenommen.

20. Dienstbezeichnung für städtische Beamte, insbesondere für Schulleute.

Der Stadtrat erklärte sich damit einverstanden, daß die städtischen Aktuare die Dienstbezeichnung „Magistratssekretär“ und nach einer zu bestimmenden Reihe von Dienstjahren oder bei einem zu bestimmenden Lebensalter die Bezeichnung „Magistratsobersekretär“ erhalten und der Rämmererkassierer die Bezeichnung „Stadtkassenrendant“ erhält.

Weiter erklärt sich der Stadtrat damit einverstanden, daß der jetzige Polizeiobewachtmeister die Dienstbezeichnung „Polizeikommissar“ erhält, die aufsichtsführenden Wachtmeister zu Polizeiobewachtmeistern und die Kriminalschulleute zu Kriminalwachtmeistern ernannt werden und daß den Schulleuten nach neunjähriger Dienstzeit einschl. der Militärdienstzeit die Dienstbezeichnung „Polizeiwachtmeister“ beigelegt wird.

Die Regelung im einzelnen wird dem Magistrat überlassen.

21. Strompreiserhöhung für die S. G. B.

Von der Tagesordnung abgesetzt.

22. Erwerb des Straßengeländes in der Krongutswende neben dem katholischen Friedhof.

Der Magistrat beantragt unter Zustimmung des Besichtigungsausschusses:

Der Stadtrat wolle den Ankauf von 34 ar 33 qm Krongut aus den Parzellen 434/70 und 436/69 in Flur I der Stadtgemeinde Oldenburg für 2 M den qm genehmigen.

Antrag wurde angenommen.

23. Der Beschluß des Stadtrats vom 28. 5. 18, betr. Grunderwerb zur Durchführung des Hotingsgangs wurde in zweiter Lesung wiederholt.

24. Der Beschluß des Stadtrats vom 28. 5. 18, betr. Aenderung der Betriebsordnung für den Betrieb auf den städtischen Hafengleisen wurde in zweiter Lesung wiederholt.

(II. Gesamtstadtrat.)

24a. Kartoffelversorgung.

Stadtratsmitglied S adewater beantragt, der Gesamtstadtrat wolle unter Anerkennung der Dringlichkeit beschließen, den Magistrat zu ersuchen, gegen die Bestimmung der Landes-Kartofelstelle, daß für die Ausstellung des Bezugsscheines für jeden Zentner Kartoffeln eine Gebühr von 50 S erhoben werden soll, energischen Einspruch zu erheben.

Der Antrag wurde abgelehnt.

IV. Magistrat und Stadtrat.

25. Unwiderrufliche Anstellung des Lehrers Kunkel.

Im Einvernehmen mit dem Schulvorstande der Mittelschulen wird beantragt:

Magistrat und Stadtrat wollen die unwiderrufliche Anstellung des Lehrers Theobald Kunkel beschließen.

Antrag wurde angenommen.

26. Annahme einer Zeichenlehrerin zur Uebernahme einer Vertretung an der Cäcilienchule.

Es wird beantragt:

Magistrat und Stadtrat wollen die Annahme der geprüften Zeichenlehrerin Fräulein Klara Hoffmann als stellvertretende Zeichenlehrerin an der Cäcilienchule vom 1. Oktober 1918 an gegen eine Vergütung von 1550 M , zuzüglich 420 M Kriegsteuerungszulage, beschließen.

Antrag wurde angenommen.

27. Annahme von zwei Lehrerinnen für eine Vertretung an der Stadtknabenschule B.

Im Einvernehmen mit dem Schulvorstand wird beantragt:

Magistrat und Stadtrat wollen die Annahme der Annahme der Lehrerinnen Fräulein Ermela Clodius und Fräulein Luise Eckhardt vom 1. Oktober d. Js. an zur Uebernahme einer Vertretung an der Stadtknabenschule B gegen eine Jahresvergütung von 1550 M , zuzüglich 420 M Kriegsteuerungszulage, beschließen.

Der Antrag wurde angenommen.

28. Annahme von zwei Lehrerinnen für eine Vertretung an der Stadtmädchenschule B.

Im Einvernehmen mit dem Schulvorstand der Mittelschulen wird beantragt:

1. Magistrat und Stadtrat wollen sich mit der Annahme des Fräulein Doodt zur Vertretung der

erkrankten Lehrerin Fräulein Rünoldt für die Zeit vom 19. August bis zum 25. September 1918 gegen eine jährliche Vergütung von 1550 *M*, zuzüglich 420 *M* Kriegsteuerungszulage, nachträglich einverstanden erklären.

2. Magistrat und Stadtrat wollen die Annahme der Lehrerin Fräulein Elisabeth Groth gegen eine Vergütung von 1550 *M*, zuzüglich 420 *M* Kriegsteuerungszulage, jährlich vom 10. Oktober bis weiter beschließen.

Anträge wurden angenommen.

29. Annahme einer Vertreterin für die Cäcilienchule.

Im Einvernehmen mit der Schulkommission wird beantragt:

Magistrat und Stadtrat wollen die Annahme der Fräulein Martha Reinhardt zur Uebernahme einer Vertretung vom 6. August bis zu den Herbstferien gegen eine Vergütung von 1550 *M*, zuzüglich 420 *M* Kriegszulage, jährlich beschließen.

Antrag wurde angenommen.

V. Magistrat und Gesamtstadtrat.

30. Abermalige Aussetzung der Stadtratswahlen.

Es wird beantragt:

Magistrat und Gesamtstadtrat wollen beschließen, daß die im November 1918 fälligen Wahlen zum Stadtrat und zur Stadtgebietsvertretung in dem Zeitraum vom 1. November 1918 bis dahin 1919 nicht vorgenommen werden sollen.

Der Antrag wurde angenommen.

Verhandelt

vom Magistrat, Gesamtstadtrat und Stadtrat,
am Donnerstag, den 26. September 1918,
abends 6 Uhr,
im Sitzungssaale des Rathauses in Oldenburg.
Verhandelt wurde:

I. Gesamtstadtrat und Stadtrat.

1. Aufnahme einer Anleihe.

Anträge:

1. Gesamtstadtrat und Stadtrat wollen die Aufnahme einer mit 4½ % zu verzinsenden und in 25 Jahren mit annähernd gleichen Zahlungen an Abtrag und

Zinsen zurückzuzahlenden Anleihe von 600 000 *M* bei der Landesparkasse mit der Maßgabe beschließen, daß der Stadt eine zwölfmonatige und der Landesparkasse eine sechsmonatige Kündigungsfrist zusteht, und daß aus dieser Anleihe folgende Einzelbeträge gedeckt werden:

a) Baukosten für das Hilfsschulgebäude an der Sedanstraße	79 500 <i>M</i>
b) Kaufpreis für die Kohlederschen Ländereien am Kummelweg und Prinzessinweg	91 300 „
c) Kaufpreis für die von Wönning u. Schelling angekauften Grundstücke an der verlängert. Margaretenstr.	41 400 „
d) Teilkaufris für das Moorgelände in Südedewecht	237 800 „
e) Kolonisierungs- u. Kultivierungs- für das Moorgelände in Südedewecht, vorläufiger Betrag	150 000 „
	<hr/>
	600 000 <i>M</i>

2. Gesamtstadtrat und Stadtrat wollen zwei Mitglieder zur Mitunterzeichnung der Schuldurfunden bestimmen.

Die Anträge wurden angenommen.

Zur Unterzeichnung der Anträge wurden die Herren Dr. Meyer und Janßen gewählt.

- 1a) Erhöhung der Zeichnung der Stadt auf die 9. Kriegsanleihe.

Auf Antrag des Magistrats wurde unter Anerkennung der Dringlichkeit der Beschlussfassung der auf die 9. Kriegsanleihe zu zeichnende Betrag von 100 000 *M* auf 500 000 *M* erhöht.

II. Gesamtstadtrat.

2. Hypothekenschutz.

Antrag:

Der Gesamtstadtrat wolle die Vorschläge des anliegenden Ausschußberichts vom 12. September 1918 zur Erleichterung des Realkredits durch städtische Bürgschaftsübernahme annehmen und den Magistrat beauftragen, die Angelegenheit im Einbernehmen mit dem bestehenden Ausschuß weiter zu regeln.

Der Antrag wurde angenommen.

III. Stadtrat.

3. Errichtung einer städtischen Sparkasse.

Der Antrag des Ausschusses, die Errichtung einer städtischen Sparkasse zu beschließen, wurde angenommen.

Weiter wurde der Magistratsantrag:

1. Der Sparkasse vorläufig nur als Tätigkeitszweige
 - a) die Beleihung von Grundstücken,
 - b) die Hergabe von Darlehn gegen Faustpfand und gegen Bürgschaft,
 - c) den Scheckverkehrzuzuweisen und
2. die bestehende Kommission mit der weiteren Vorbereitung der Einrichtung einer städtischen Sparkasse zu beauftragen, angenommen.

4. Strompreiserhöhung für die S. G. B.

Das Schreiben des Magistrats vom 24. September 1918 wurde mitgeteilt. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, es verbleibt also beim Beschlusse des Stadtrats vom 17. d. Mts.

5. Ludendorffplatz.

Auf Antrag des Magistrats wurde einstimmig beschlossen, dem an der Hindenburgstraße belegenen Platz vor dem Ministerial- und Landtagsgebäude zur Ehrung des Generals Ludendorff die Bezeichnung „Ludendorffplatz“ beizulegen.

IV. Magistrat und Stadtrat.

6. Annahme eines wissenschaftlichen Hilfslehrers für die Oberrealschule.

Antrag:

Magistrat und Stadtrat wollen die Annahme des cand. phil. Ehrlich als wissenschaftlichen Hilfslehrer für die Oberrealschule gegen eine Vergütung von 2950 M und 420 M Kriegsteuerungszulage beschließen.

Antrag wurde angenommen.

Vericht

des Landesarbeitsnachweises für das Herzogtum Oldenburg über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat August 1918.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich gegenüber dem Vormonat wenig geändert. Ueber die Tätigkeit der Arbeitsnachweise geben folgende Zahlen Aufschluß:

	August	(Juli)
Arbeitsuchende	1067	(1181)
darunter Frauen	491	(554)
Offene Stellen	3025	(3042)
darunter für Frauen	929	(878)
Besetzte Stellen	919	(971)
darunter für Frauen	425	(480)

Von der Landwirtschaft wurden die Arbeitsnachweise nur in wenigen Fällen in Anspruch genommen. Bedarf und Angebot waren äußerst gering.

In der Industrie fehlte es dauernd an gelernten und ungelernten Arbeitern, das Angebot genügte auch nicht annähernd dem großen Bedarf. Besonders fehlen gelernte Metallarbeiter aller Art.

Das Baugewerbe beginnt sich zu erholen, der Bedarf an tüchtigen Maurern und Zimmerern wächst ständig, ohne daß Leute hierfür zur Verfügung stehen.

Im Handwerk fehlt es vor allen Dingen an Tischlern, aber auch Schuhmacher, Schneider und Maler wurden verlangt und konnten nur in wenigen Fällen gestellt werden.

Transportarbeiter, Erdarbeiter, Lagerarbeiter wurden überall in großer Zahl verlangt. Für kräftige Arbeiter werden z. Bt. Löhne gezahlt, welche die für gelernte Handwerker z. Teil übersteigen. Bei weitem die größte Anzahl Vermittlungen wurden in dieser Berufsgruppe erzielt, nur in Rüstingen erreichte das Metallgewerbe fast die gleiche Zahl.

Ungeübte Kontoristen und Schreibhilfen konnten nicht immer untergebracht werden, wirklich tüchtige Kräfte waren dagegen nicht zu beschaffen.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt zeigt sich ebenfalls dasselbe Bild wie im Vormonat, sowohl Hauspersonal als Arbeiterinnen aller Art wurden in großer Zahl verlangt. Die große Nachfrage konnte bei weitem nicht befriedigt werden.

In Oldenburg wurden 25 Lazarettinsassen und in Rüstingen 48 Angehörige der Genesenden-Kompagnie vermittelt.

